

„Die Amerikaner empfinden sich als Nachfolger Roms“

Strategische Konfliktmuster auf dem Balkan

„Blätter“-Gespräch mit Willy Wimmer

Blätter: Da hat die NATO massiv interveniert, Jugoslawien bombardiert, das Kosovo-Protektorat eingerichtet, Milošević sitzt im Haag ein – aber auf dem Balkan geht es immer weiter. Wieso? Jetzt knallt es in Mazedonien – vorher hatten wir die albanischen Terroristen in der demilitarisierten Zone unter den Augen der NATO, davor die – man muß wohl sagen: – Farce einer Entwaffnung der UÇK im Kosovo selbst und, ebenfalls unter den Augen der NATO, die Vertreibung der Serben, Roma, Juden, verschiedener Minderheiten, die Bedrängnis der katholischen Albaner und so weiter. Wie oft kann man in aller Unschuld den gleichen Fehler wiederholen?

Die offiziellen Erklärungen zum Umgang mit Mazedonien und mit der geplanten Operation „Essential Harvest“ beleidigen den gesunden Menschenverstand. Es stellt sich die Frage, ob hinter der Serie vermeintlicher Irrtümer und Versäumnisse, Fehltritte und Entgleisungen, Pech und Tragik auf dem Balkan vielleicht doch ein Muster steckt. Sie, Herr Wimmer, gehen davon aus, daß es, zumindest auf amerikanischer Seite, eine langfristige Strategie gibt, die Schritt für Schritt umgesetzt wird. – Eine gewagte These, mit der Sie sicherlich ungläubige Mienen und betretene Reaktionen ernten ...

Wimmer: Um bei letzterem anzufangen: Nein, überhaupt nicht. Die Reaktionen sind hochinteressant. Ich stoße keineswegs auf Ungläubigkeit und erstaunte Gesichter. Vielleicht sind die Leute heute – quer durch das öffentliche Bild – so aufgeschlossen, weil sie das Gefühl haben, daß man sie im Zusammenhang mit dem Jugoslawien-Krieg gnadenlos über den Tisch gezogen hat.

Blätter: Welche Leute haben Sie im Auge?

Wimmer: Vor allem die Kolleginnen und Kollegen im Deutschen Bundestag, aber auch viele aus den deutschen Medien.

Blätter: Was läßt diese Leute positiv auf Ihre kritischen Thesen reagieren?

Wimmer: Das Bewußtsein dafür, daß Dinge, wie sie in den zurückliegenden Jahren abgelaufen sind, auf Dauer nicht ablaufen können, ohne uns alle zu gefährden. Man ist der Auffassung, wenn wir nicht zu der globalen Rechtsordnung zurückkehren, bekommen wir das Faustrecht. Das beunruhigt die Leute zunehmend, natürlich auch im Zusammenhang mit unserer Mitgliedschaft in der NATO. Man ist der NATO unter dem Gesichtspunkt eines klar umrissenen Auftrages beigetreten: Verteidigung. Und mit der klaren Aussage, daß es sich um eine Wertegemeinschaft handelt. Man ist ja keiner Gang beigetreten, die nach außen das Faustrecht praktiziert und wo der Stärkste auch intern dominiert. Aber die Entwicklung weist seit geraumer Zeit Dissonanzen auf und in Zusammenhang mit der aktuellen Entwicklung in Mazedonien sieht man, daß, je-

denfalls nach der internationalen Berichterstattungslage, das amerikanische Tun und die strategischen Überlegungen, die dahinter stecken, in einem Gegensatz stehen zu dem, was die europäischen Staaten wollen.

Blätter: Und wie sollen die Europäer, wie sollen Bundesregierung und Bundestag mit der entstandenen Situation umgehen?

Wimmer: Wir kennen die Verdrängungsmechanismen der letzten Jahre, aber vor wenigen Wochen ist für diese Verdrängungsphilosophien ein Schlußpunkt gesetzt worden: in der Verhandlung des Bundesverfassungsgerichtes über die vorliegende PDS-Klage.¹ Man hätte sich in der deutschen politischen Diskussion der zurückliegenden Jahre die Sorgfalt gewünscht, die die Richter in Karlsruhe an den Tag gelegt haben. Ich finde, was das Bundesverfassungsgericht da gemacht hat, ist für das politische Bewußtsein unseres Volkes – man muß jetzt natürlich noch das Urteil abwarten – von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Egal, wo jemand in dieser Sache bisher gestanden hat: Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß in Karlsruhe Fragen auf den Tisch gekommen sind, die vorher weggedrängt wurden.

Auch unter einem anderen Aspekt: Es gibt bis heute viele Leute, die den Generalbundesanwalt veranlassen wollen, gegen diejenigen vorzugehen, die den Krieg gegen Jugoslawien auf deutscher Seite zu verantworten haben. Erstaunlicherweise präsentiert der Generalbundesanwalt diesen Leuten immer noch Erklärungen, die selbst der Außen- und der Verteidigungsminister, die diese Erklärungen damals abgegeben haben, heute nicht mehr verwenden. Diese Menschen bekommen also über den Krieg als solchen hinaus einen weiteren, wie ich finde, verheerenden Eindruck vom System der Bundesrepublik Deutschland. Der Generalbundesanwalt nimmt ihnen den Glauben in die Funktionsfähigkeit des Systems.

Die Verhandlung vor dem Bundesverfassungsgericht hat hier, aus meiner Sicht zum Glück, einen Halt gesetzt. Vor diesem Hintergrund kann man alles, was wir politisch in Deutschland und auch international zu erwarten haben, auf den Herbst vertagen, weil da die Bundesregierung und wer auch immer in Deutschland die Karten gelegt bekommen wird. Ich glaube, auch die Bundesregierung und alle, die an diesem Krieg in besonderer Weise beteiligt waren, sehen das so. Da kommt was auf uns zu.

Blätter: Skizzieren Sie kurz die Substanz dessen, was an den Fragen der Karlsruher neu ist?

Wimmer: Es ging um all die Fragen, die in der Öffentlichkeit gestellt worden sind – vom Völkerrecht bis hin zu der tatsächlichen Situation, die den Anlaß zum Kriegseinsatz gab, und ob das seinerzeitige Verhalten vor dem Hintergrund der rechtlichen Überprüfung Bestand hat. Das fängt mit der Frage an: Zu welchem Zweck gibt es die NATO eigentlich? Ist das ein Verteidigungsbündnis

¹ Organstreitverfahren der PDS-Bundestagsfraktion gegen die Bundesregierung, in dem erstere beantragt, das Bundesverfassungsgericht möge feststellen: „Die Bundesregierung hat mit ihrer Zustimmung zu den Beschlüssen über das Neue Strategische Konzept der NATO auf der Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs in Washington am 23. und 24. April 1999, ohne das verfassungsmäßig vorgeschriebene Zustimmungsverfahren beim Deutschen Bundestag einzuleiten, gegen Art. 59 Abs. 2 Satz 1 Grundgesetz verstoßen und damit Rechte des Deutschen Bundestages verletzt.“

oder kann sie weltweit eingesetzt werden, je nach der Interessenlage eines wichtigen Mitgliedstaates. Hinzu kommt die Frage, wie Gewalt international überhaupt zu legitimieren ist, wenn ich sie anwende. Beachte ich das Regelwerk der Vereinten Nationen, oder mache ich aus Opportunitätsgründen das, was ich will? Die Interessenlage der USA scheint offensichtlich eine andere zu sein als die europäischen Interessenlagen. Da fragt man sich natürlich im Nachhinein noch, welche Auswirkungen hat diese Interessendivergenz für den Krieg gegen Jugoslawien gehabt? Ist uns da was vorgemacht worden oder sind das stringente Abläufe gewesen? Und man kommt mehr und mehr zu der Fragestellung, ob nicht die Prozesse, die insgesamt seit 1990 auf dem Balkan abgelaufen sind, von vorneherein einer amerikanischen Überlegung gedient haben: eine Präsenz auf dem Balkan zu bekommen, die es seit 1945 nicht gegeben hat. Ich denke an strategische Überlegungen, die einmal mit der Situation in Europa zusammenhängen und auf der anderen Seite natürlich mit der Rolle der Vereinigten Staaten, erstens in dem Problemfeld Naher Osten und zweitens bei den bekannten Energiefragen, die um das Kaspische Meer und um die Pipelineverbindungen nach Europa usw. angesiedelt werden müssen.

Blätter: Konzentrieren wir uns auf die USA und die unterstellte Strategie: Braucht man dafür tatsächlich Krieg? Man sollte im übrigen nicht aus den Augen verlieren, daß auf dem Balkan zunächst einmal die deutsche Politik Vorreiter der Entwicklung zu ethnisch bestimmten Nationalstaaten war, mit der Anerkennung Sloweniens und Kroatiens 1991/92. Bleibt zu fragen, aus welchen Gründen die Amerikaner, zu einem späteren Zeitpunkt, auf diese ethnische Strategie eingeschwenkt sind.

Wimmer: Es fragt sich, ob wir nicht vor dem Hintergrund der Dinge, die wir heute sehen, noch weiter zurückgehen müssen. Wir haben im Vorfeld des Krieges gegen Jugoslawien gesehen, daß es bei uns einen fast schon aggressiven Unwillen gab, sich mit der Situation zu beschäftigen, die in diesem Raum zwischen 1945 und 1990 bestand – möglicherweise deshalb, weil dabei bequeme Feindbilder in Frage gestellt worden wären. Außer Zweifel steht, daß die Vereinigten Staaten sehr frühzeitig auf die albanische Karte gesetzt haben, in Zusammenhang mit ihrem (offiziell 1997) gegen den Willen der jugoslawischen Regierung in Priština eingerichteten Verbindungsbüro und den langjährigen Aktivitäten des ehemaligen republikanischen Fraktionsvorsitzenden im US-Senat Bob Dole.

Versäumnisse im Zweiten Weltkrieg

Ich habe selber Anfang Mai vergangenen Jahres an einer Konferenz in Bratislava teilgenommen, auf der höchststrangige amerikanische Repräsentanten sich über ihre Strategie zum Balkan ausgelassen haben. Die Veranstaltung war organisiert vom amerikanischen Außenministerium und der Denkfabrik der Republikanischen Partei, dem American Enterprise Institute. Zu den Teilnehmern gehörten Ministerpräsidenten, Außenminister, Verteidigungsminister, der persönliche Beauftragte des NATO-Oberbefehlshabers und, und, und – darunter

auch jemand, der, wenn die Namensgleichheit stimmt, heute Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium ist.

Auf dieser Konferenz spielte im Prinzip all das, was uns zwischen 1992 und 1999 berührt hat, keine Rolle mehr. Da wurde in aller Klarheit gesagt: Der Grund, warum wir auf den Balkan gegangen sind, liegt in den Versäumnissen des Zweiten Weltkrieges, als Eisenhower es unterließ, dort Bodentruppen zu stationieren. Das mußten wir unter allen Umständen nachholen. Warum? Aus den Gründen, die immer mit der Stationierung von Bodentruppen verbunden sind, nämlich Kontrolle über eine Region zu bekommen. Das läßt sich weder von Flugzeugen noch von Schiffen aus machen.

Zweiter Punkt: Es wundert mich schon, wenn – wie in Bratislava – die Frage der europäischen sicherheitspolitischen Identität oder europäischer Verteidigungsstrukturen von amerikanischer Seite wie der leibhaftige Gottseibeius behandelt wird. Alles, was auf einen eigenständigen europäischen Willen ausgerichtet ist, wird in dieser Sicht als höchst kritisch bewertet. Ich beklage das nicht, ich sage nur, das wird deutlich ausgesprochen, und ich muß mich als Europäer fragen, wie ich darauf antworte und ob ich solche Verlautbarungen als die Gesetze Moses' ansehe oder mir Gedanken darüber mache, wie meine eigenen Interessen aussehen.

Ein dritter Punkt in diesem Kontext: Die Amerikaner empfinden sich auf seltsame Weise als Nachfolger Roms. Nach dem Motto: Die Römer haben das Mittelmeer als Mare Nostrum und die nordafrikanische Gegenküste als ihr Betätigungsfeld betrachtet, und wir, die Amerikaner, sehen den Atlantik als unser Mittelmeer, als unser Mare Nostrum, und Europa als unsere Gegenküste. Deswegen gelte es, eine Linie zu ziehen von den Ostseezugängen nach St. Petersburg über die baltischen Staaten bis nach Odessa am Schwarzen Meer, von Odessa nach Istanbul und dann nach Anatolien. Alles, was östlich davon ist – das sage ich jetzt mit meinen Worten – interessiert uns nicht, alles, was westlich davon liegt, ist unser. Ziel müsse es sein, einen ungehinderten Zugang westlich dieser Linie Baltikum-Odessa-Anatolien zu haben, um eine durchgehende Landverbindung auf eigenem Territorium zwischen Anatolien und Polen sicherzustellen.

Angesichts unserer heutigen Mazedonienenerfahrung erweisen sich die Aussagen dieser Konferenz als höchst politisch. Das sind keine Spekulationen, das läuft auf praktische Politik hinaus.

Wir hören gerade in diesen Tagen – das wird zwar dementiert, aber wir wissen auch, wie Dementis zu bewerten sind –, daß es Verhandlungen zwischen der NATO, der amerikanischen Seite und der jugoslawischen Zentralregierung über Stützpunktrechte auf dem Balkan gibt. Das betrifft die langfristige Legitimation von Camp Bondsteel im Kosovo und darüber hinaus die Bereitstellung eines Luftwaffenstützpunktes und einer Radarstation in Serbien. Wenn ich das sehe, kann ich nur sagen: Man hat mir und anderen in Bratislava offensichtlich nichts vorgemacht.

Blätter: Wie haben denn die anderen Teilnehmer dort reagiert? Es waren ja wohl eine Reihe Ost- und Südosteuropäer darunter ...

Wimmer: Na ja, die Osteuropäer erinnern sich noch an ihre Situation im Warschauer Pakt ...

Blätter: Das heißt?

Wimmer: Man nimmt hin, was der große Bruder sagt. – Ich habe jedenfalls den Ablauf dieser Veranstaltung und die Inhalte, die da präsentiert wurden, so ernstgenommen, daß ich dem Bundeskanzler in einem Brief (siehe gegenüberliegende Seite – d. Red.) darüber berichtet habe.

Blätter: Ähnliche Szenarien, wie die von Ihnen hier skizzierten, hat man zu Beginn des Kosovokriegs aus ganz anderen politischen Richtungen gehört. Ich erinnere mich z. B. an eine Veranstaltung mit Jutta Ditfurth, die einem ungläubigen Publikum genau solche Vorstellungen klar zu machen versuchte: Die Amerikaner wollen den Zugang zum Kaspischen Meer, Öl- und Gaslieferungen usw.

Wimmer: Ich verstehe die Skepsis. Sie können sich gar nicht vorstellen, wie es mir ging. Ich kam nach Bratislava im Bewußtsein der offiziellen Erklärungen der NATO und der Bundesregierung zum Kosovokrieg. Da war ja Humanität das oberste. Und dann sagt jemand in einem mit zahlreichen Landkarten illustrierten Vortrag – übrigens eingeleitet mit der Bemerkung: Dieser Vortrag richtet sich eigentlich an ein amerikanisches Publikum –, was die eigentliche Triebfeder der Entwicklung war.

Blätter: Bleibt natürlich die Sinnfrage: Wieso Krieg führen oder schüren, um in Südosteuropa Truppen stationieren zu können? In der Region, die Sie umrissen haben, drängen ja Regierungen jeglicher Couleur in die NATO ...

Wimmer: Was die Situation auf dem Balkan angeht, ist letzter Stand der Dinge, daß höchstrangige Gesprächspartner aus der gesamten Region auf folgendes aufmerksam machen:

1. Das, womit sich Belgrad im Augenblick beschäftigt, ist die Frage: Werden die Pipelines für das Öl aus dem Kaspischen Meer nördlich von Belgrad verlaufen oder über Kosovo-Gebiet. Als ich vor zweieinhalb Jahren darauf aufmerksam gemacht habe, daß das eine Fragestellung sein könnte, bin ich von dem einen oder anderen sehr kritisch angegangen worden. Inzwischen ist das fast gesetztes Wissen.

2. Es spricht auch eine Menge dafür – so sehen das jedenfalls Gesprächspartner aus der Region –, daß die Situation auf dem Balkan eine Art Kompensation für den Konflikt im Nahen Osten darstellt, nach dem Motto: Letztlich wird ein Einvernehmen zwischen der israelischen und der palästinensischen Seite nicht zustande zu bringen sein, und um das generelle Einvernehmen mit der islamischen Welt, das man braucht, nicht zu gefährden, versuchen die Amerikaner, den Balkan zu einer Reservefläche zu machen. Kurz: Das Verständnis und die Einigung, die wir im Nahen Osten mit der islamischen Welt nicht bekommen, werden wir in jedem Fall auf dem Balkan sicherstellen.

Es ist ja vielleicht mehr als ein Symbol – so wird das jedenfalls in der Region gesehen –, daß unmittelbar nach den letzten schweren Bombenangriffen gegen Bagdad, am Tag danach, die Albaner in der katholischen Kirche von Priština die Vereinigten Staaten zum Schutzherrn der islamischen Welt ausgerufen haben.

3. Wir wissen, seitdem es westliche Beteiligungen an Erdölkonsortien im Schwarzen Meer gibt, um die Interessenlage in dieser Region. Dazu zählt – aus der Sicht der Erdölkonsortien –, daß die Pipelines in Richtung Italien und Spanien laufen sollen. Im wesentlichen natürlich zunächst mal über das Gebiet des



Willy Wimmer

Mitglied des Bundestages
Vorsitzender des CDU-Bezirksverbandes Niederrhein
Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE

Postanschrift:
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Hausanschrift:
Mauerstraße 29 / Haus I
10117 Berlin

Tel.: (030) 227 – 75094/75095
Fax: (030) 227 – 76498
Email: willy.wimmer@bundestag.de

Wahlkreisbüro:
CDU-Geschäftsstelle Grevenbroich
Montzstraße 2
41515 Grevenbroich
Tel.: (02181) 5048
Fax: (02181) 5049

Herrn
Gerhard Schröder, MdB
Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland
Bundeskanzleramt
Schloßplatz 1
10178 Berlin

- vorab per Fax -

Berlin, den 02.05.00

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

am vergangenen Wochenende hatte ich in der slowakischen Hauptstadt Bratislava Gelegenheit, an einer gemeinsam vom US-Außenministerium und American Enterprise Institut (außenpolitisches Institut der republikanischen Partei) veranstalteten Konferenz mit den Schwerpunktthemen Balkan und NATO-Erweiterung teilzunehmen.

Die Veranstaltung war sehr hochrangig besetzt, was sich schon aus der Anwesenheit zahlreicher Ministerpräsidenten sowie Außen- und Verteidigungsminister aus der Region ergab. Vorn den zahlreichen wichtigen Punkten, die im Rahmen der vorgenannten Themenstellung behandelt werden konnten, verdienen es einige, besonders wiedergegeben zu werden:

1. Von Seiten der Veranstalter wurde verlangt, im Kreise der Alliierten eine möglichst baldige völkerrechtliche Anerkennung eines unabhängigen Staates Kosovo vorzunehmen.
2. Vom Veranstalter wurde erklärt, daß die Bundesrepublik Jugoslawien außerhalb jeder Rechtsordnung, vor allem der Schlußakte von Helsinki, stehe.
3. Die europäische Rechtsordnung sei für die Umsetzung von NATO-Überlegungen hinderlich. Dafür sei die amerikanische Rechtsordnung auch bei der Anwendung in Europa geeigneter.
4. Der Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien sei geführt worden, um eine Fehlentscheidung von General Eisenhower aus dem 2. Weltkrieg zu revidieren. Eine Stationierung von US Soldaten habe aus strategischen Gründen dort nachgeholt werden müssen.
5. Die europäischen Verbündeten hätten beim Krieg gegen Jugoslawien deshalb mitgemacht, um de facto das Dilemma überwinden zu können, das sich aus dem im April 1999 verabschiedeten "Neuen Strategischen Konzept" der Allianz und

..2

- 2 -

der Neigung der Europäer zu einem vorherigen Mandat der UN oder OSZE ergeben habe.

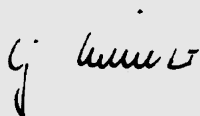
6. Unbeschadet der anschließenden legalistischen Interpretation der Europäer, nach der es sich bei dem erweiterten Aufgabenfeld der NATO über das Vertragsgebiet hinaus bei dem Krieg gegen Jugoslawien um einen Ausnahmefall gehandelt habe, sei es selbstverständlich ein Präzedenzfall, auf den sich jeder jederzeit berufen könne und auch werde.
7. Es gelte, bei der jetzt anstehenden NATO-Erweiterung die räumliche Situation zwischen der Ostsee und Anatolien so wiederherzustellen, wie es in der Hochzeit der römischen Ausdehnung gewesen sei.
8. Dazu müsse Polen nach Norden und Süden mit demokratischen Staaten als Nachbarn umgeben werden, Rumänien und Bulgarien die Landesverbindung zur Türkei sicherstellen, Serbien (wohl zwecks Sicherstellung einer US-Militärpräsenz) auf Dauer aus der europäischen Entwicklung ausgeklammert werden.
9. Nördlich von Polen gelte es, die vollständige Kontrolle über den Zugang aus St. Petersburg zur Ostsee zu erhalten.
10. In jedem Prozeß sei dem Selbstbestimmungsrecht der Vorrang vor allen anderen Bestimmungen oder Regeln des Völkerrechts zu geben.
11. Die Feststellung stieß nicht auf Widerspruch, nach der die NATO bei dem Angriff gegen die Bundesrepublik Jugoslawien gegen jede internationale Regel und vor allem einschlägige Bestimmungen des Völkerrechts verstoßen habe.

Nach dieser sehr freimütig verlaufenen Veranstaltung kommt man in Anbetracht der Teilnehmer und der Veranstalter nicht umhin, eine Bewertung der Aussagen auf dieser Konferenz vorzunehmen.

Die amerikanische Seite scheint im globalen Kontext und zur Durchsetzung ihrer Ziele bewußt und gewollt die als Ergebnis von 2 Kriegen im letzten Jahrhundert entwickelte internationale Rechtsordnung aushebeln zu wollen. Macht soll Recht vorgehen. Wo internationales Recht im Wege steht, wird es beseitigt.

Als eine ähnliche Entwicklung den Völkerbund traf, war der zweite Weltkrieg nicht mehr fern. Ein Denken, das die eigenen Interessen so absolut sieht, kann nur totalitär genannt werden.

Mit freundlichen Grüßen



NATO-Partners Türkei. Auf die Frage: Warum nach Italien und Spanien? hat man geantwortet: Um das Verbundensein dieser Region mit dem libyschen und nigerianischen Erdöl zu konterkarieren. Das sind Dinge, auf die wir keinen Einfluß haben, selbst der aserbaidische Präsident nicht, der mir immer wieder gesagt hat: Ich möchte eigentlich das Öl aus Aserbaidisch über Odessa und Warschau direkt nach Deutschland pumpen.

Wer braucht den Mazedonien-Konflikt?

Blätter: Wechseln wir zum Thema Mazedonien: Wozu braucht man denn dort einen Konflikt – oder warum geht man so ungeschickt damit um –, obwohl doch die Dinge im wesentlichen auf die Gleise gesetzt sind? Man hat neue Verhältnisse in Belgrad, man hat die Möglichkeit, im Kosovo Stützpunkte auszubauen, sei es künftig mit dem Segen von Belgrad, sei es mit dem Segen der UÇK oder kosovo-albanischer Autoritäten. Warum jetzt dieser Konflikt? Das Einsickern – oder das Nichtverhindernkönnen – der mazedonischen UÇK, dieses Aufmischen eines Landes, das bisher als Modell gepriesen wurde ...

Wimmer: Ich habe schon bei der Formulierung „mazedonische UÇK“ Bedenken, denn alles, was wir wissen, bedeutet ja, daß die Anfänge dieser Entwicklung aus dem Kosovo heraus gesteuert worden sind. Es ist schon ein tolles Stück, daß im Kosovo 40 000 hochgerüstete Soldaten stehen, und irgendwelche örtlichen Häuptlinge können sich, unter den Augen dieser Soldaten, wo im Prinzip keine Maus ungesehen von einem Loch ins andere kommen kann, bewaffnen und aus dem Kosovo heraus nach Mazedonien einsickern.

Ein alter Völkerrechtsgrundsatz besagt, daß man für das Gebiet, in dem man die Macht hat, Verantwortung trägt. Kosovo ist heute ein KFOR/NATO-Protektorat mit der besonderen Verantwortung der Amerikaner für das Gebiet, in dem sie sich befinden ...

Blätter: Die an Mazedonien angrenzende Zone, in der auch Camp Bondsteel liegt ...

Wimmer: Genau. Ich weiß nicht, wie man seiner völkerrechtlichen Verantwortung gerecht werden will, wenn man zuläßt, daß ein benachbartes Territorium destabilisiert wird. Wenn ich sage, Völkerrecht interessiert mich nicht mehr, und ich sabotiere das, wo ich kann, dann komme ich natürlich zu der Vorstellung, daß ich allmächtig bin oder werden will. Ein solches Verständnis zerstört mehr als nur die Situation auf dem Balkan.

Es gibt eine durchgehende Linie einsamer Entscheidungen aus Washington, vom Kyoto-Protokoll bis zum ABM-Vertrag, wo man sich fragt: Wollen die denn alles beseitigen, was bisher Zusammenarbeit und völkerrechtliche Verbindlichkeit ermöglicht hat? Wir wissen eines – das habe ich in meinem Brief an Schröder im Zusammenhang mit Positionen, die in Bratislava vertreten worden sind, unterstrichen: Das, was wir Völkerrecht nennen, ist die Konsequenz aus schrecklichen Ereignissen, die nie mehr eintreten sollen. Wenn ich aber glaube, das Völkerrecht ignorieren zu können, wann immer es meinen Interessen im Wege steht, dann öffne ich Europa dem Krieg.

Die letzten beiden Jahre der Regierung Helmut Kohls waren von dieser Mahnung geprägt. Ich kann mich an kaum eine Fraktionssitzung erinnern, in der diese Warnung – Öffnung Europas für den Krieg – nicht eine Rolle spielte. Und ich will nicht bestreiten, daß damals viele in der Fraktion nicht verstanden, was damit gemeint war. Inzwischen haben wir alle die traurige Konsequenz vor Augen.

Ich bin – vielleicht als Randbemerkung – Zeuge im Untersuchungsausschuß Leuna/„Fuchs“ gewesen, weil ich damals – in der Zeit, als der „Fuchs“ ein Thema wurde –, parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium war. Als meine Aussage zuende ging, hat der Kollege Ströbele noch irgend etwas eingeworfen. Da habe ich ihm zur Antwort gegeben: Der nächste Untersuchungsausschuß, den es im Deutschen Bundestag geben wird, heißt Kosovo. Ich bin relativ sicher, daß der kommt.

Blätter: Der demonstrative Unilateralismus aus Washington, auf den Sie eben hingewiesen haben, kennzeichnet ja ganz speziell die neue Administration, die ersten Monate ...

Wimmer: Da muß ich heftigst widersprechen. George W. Bush kriegt jetzt ins Haus gekippt, was sich über Jahre hinweg unter Clinton, Holbrooke und Albright angesammelt hat. Das mündete letztlich in diese – schon starke – Formulierung von der „unverzichtbaren“ Nation. Darunter können Sie alles andere subsumieren.

Blätter: Wie beurteilen Sie denn, was Solana, als Vertreter der EU, und Robertson in Skopje bzw. Ochrid machen? Kann man so die Destabilisierung Mazedoniens stoppen?

Wimmer: Das sehe ich nicht. Nicht nur die mazedonische Öffentlichkeit reibt sich im Augenblick die Augen. Die sind jetzt acht Jahre lang Musterknaben gewesen, stets und ständig gelobt worden wegen ihrer inneren Situation, bei allen Schwierigkeiten, die es da gegeben hat. Und jetzt? Das Signal, was Europa und die Vereinigten Staaten gemeinsam Mazedonien und dem Rest Europas in diesen Stunden und Tagen geben, ist, daß sich Gewalt wieder lohnt. Wenn wir die Welt dem Faustrecht öffnen ... Da kenne ich genügend Gebiete, wo wir uns betätigen können und aus meiner Sicht nicht dürfen.

Blätter: Die Rhetorik klingt allerdings ganz anders – und scheint ein Stück weit auch anzukommen. Man sagt: Vertragt euch doch, ihr Albaner und ihr Mazedonier (als wären die Albaner in Tetovo keine Mazedonier). Man ruft: Dialog, keine Gewalt – und fällt dann einer gewählten Regierung in den Arm, die ihr Gewaltmonopol verteidigt.

Wimmer: Wir wissen doch ebensogut wie die Mazedonier, daß das, was deren Land heute trifft, sich aus Kosovo und Albanien heraus entwickelt hat. Und da handelt es sich – jedenfalls im Kosovo – nun einmal um ein Protektorat unter unserer Ägide. Wenn wir unserer internationalen, völkerrechtlichen Verantwortung nicht gerecht werden und zulassen, daß aus dem Kosovo heraus Mazedonien destabilisiert wird, dann hat doch jeder den Eindruck: Die sind Partei und wollen unter der Überschrift Mazedonien eigentlich andere Ziele verwirklichen.

Aber genau das hat inzwischen einen Umschwung in der deutschen politischen Diskussion bewirkt und dazu beigetragen, daß die Dinge, die man vor

zwei Monaten oder sechs Wochen in Berlin noch glaubte, hinbekommen zu können, inzwischen nicht mehr möglich sind.

Blätter: Worauf spielen Sie an?

Wimmer: Auf die inneren Diskussionen, die in allen politischen Parteien in Berlin laufen. Das ist ja ganz ungewöhnlich, daß über eine Frage so kontrovers diskutiert wird wie über diese.

Blätter: Sie denken an die rund 20 SPD-Abgeordneten um Harald Friese, die eine „Erklärung nach §31 GO“ gegen die Beteiligung der Bundeswehr an einer Operation „Essential Harvest“ in Mazedonien vorbereitet haben (vgl. den Wortlaut im Dokumententeil)?

Fehlender Lernwille

Wimmer: Unter anderem. Man kann zu der Finanzdiskussion über die Bundeswehr, die die Unionsfraktion in diesem Zusammenhang angestoßen hat, stehen, wie man will. Viele ist in diesem Zusammenhang Strategie und manches ist auch Taktik. Aber in Berlin kann keiner mehr so machen, was er will, wie das seit Herbst 1998 in Zusammenhang mit dem Krieg gegen Jugoslawien möglich war. Das geht nicht mehr.

Blätter: Sehen Sie wirklich den politischen Willen, aus den Fehlern der letzten Jahre zu lernen?

Wimmer: Das können Sie sich, glaube ich, abschminken, so lange diejenigen am Ruder sind, die für den Krieg gegen Jugoslawien das grüne Licht gegeben haben. Das waren allerdings nicht nur diejenigen, die seit Herbst 1998 regieren, sondern auch jene, die zugelassen haben, daß die Regierung diese Verantwortung übernehmen konnte, also auch führende Kräfte aus der damaligen und heutigen Opposition.

Aber die öffentliche Diskussion, die aus meiner Sicht der „inneren Hygiene“ wegen unausweichlich ist, die kriegen wir. Ich rede ja mit diesem und jenem. Da höre ich auch folgendes: Wir zählen zu der Generation, die mit ihren Eltern wenig zimperlich umgegangen ist wegen 1933. Nun müssen wir unser Urteil möglicherweise korrigieren. Und zwar wegen der Dinge, die sich jetzt in einem freien Land unter Mißachtung des Rechts zugetragen haben. Das sind gewaltige Aussagen. Die Leute fühlen sich mitverantwortlich. Es bedrückt sie, daß sie zu einem Zeitpunkt, wo es ihnen mit geringeren Gefahren als ihren Eltern möglich gewesen wäre, auf Entwicklungen zuzugehen und einzugreifen, das nicht getan haben.

Blätter: Deshalb noch einmal die Frage, wie man sich jetzt verhalten soll, wie die Europäer – angesichts des Verhaltens von Solana und Robertson – mit einer Situation umgehen sollen, in der Mazedonien als Spitze eines Eisbergs erscheint.

Wimmer: Man sollte sich überlegen, welche Leute man in europäische oder NATO-Spitzenjobs steckt. Die Herren Solana und Robertson vertreten Länder, die – mit dem Baskenland und Nordirland – ihre eigenen Probleme haben. Ich halte es nicht für glücklich, daß Leute, die aus Ländern mit derartigen Problemen kommen, in verwandten Problemfeldern für uns diese Verantwortung wahrnehmen sollen. Wir sehen ja auch, daß die Engländer im Zusammenhang

mit Konflikten wie in Mazedonien oder Kosovo – da können Sie auch Tschechien einbeziehen – hinsichtlich ihrer NATO-Möglichkeiten ein allgemeines Verständnis dafür erwarten, daß das, was sie an Gewalt in Nordirland praktizieren, als die Norm angesehen wird, und alles, was darüber hinausgeht, als exzessive Gewaltausübung.

Ich habe mich oft gefragt, warum man, auch im NATO-Jargon, von „exzessiver“ Gewalt spricht. Gewalt ist für mich immer exzessiv, vor allem, wenn sie mit Tod einher geht. Wir wissen aus den Verhandlungen, die zwischen der NATO und der jugoslawischen Seite vor dem Krieg geführt worden sind, und aus Verhandlungen zwischen der russischen Seite und der NATO hinsichtlich des Tschetschenien-Konflikts, daß man sogar Ausbildungs- und Ausbildungshilfe angeboten hat, um das nordirische Modell anderen an die Hand zu geben. Nach dem Motto, wenn ihr das Niveau haltet, werden wir euch keine Vorwürfe machen und nicht mehr mit dem Begriff exzessiver Gewalt kommen.

Blätter: Aber welchen Schluß ziehen Sie daraus?

Wimmer: Den der massiven Einflußnahme. Ich komme an schwierigen Fragestellungen nicht dadurch vorbei, daß ich mich kleiner mache – in der Hoffnung, daß der Ärger an mir vorbei geht. All die Fragen, die wir im Zusammenhang mit dem Krieg gegen Jugoslawien nicht haben wollten, tauchen jetzt wieder auf. Deswegen müßte es verantwortliche deutsche Politik sein zu sagen, und zwar in der EU, in der NATO und in den Vereinten Nationen: Wir lassen an unserem ursprünglichen Auftrag nicht rütteln. Da können Sie von mir aus noch die OSZE hinzunehmen. Mir fiel auf, daß der bayrische Ministerpräsident bei seinem kürzlichen Besuch in Moskau die OSZE unter diesem Gesichtspunkt besonders angesprochen hat; unter dem Motto: Hört auf, immer nur über Menschenrechte zu reden, redet mal wieder über Sicherheit in dieser Organisation. Ich habe doch als Mitglied des OSZE-Parlamentes vor dem Krieg gegen Jugoslawien – im Sommer 1998 in Stockholm – gesehen, daß 90% der OSZE-Parlamentarier sich dagegen aussprachen, irgendwo militärische Gewalt ohne Anbindung an die Regeln der Vereinten Nationen anzuwenden.

Jetzt muß ich zwischen zwei Möglichkeiten wählen: Das Gebäude, das mir bisher den Frieden gesichert und Handlungsmöglichkeiten gegeben hat, genau so einzureißen, wie es die Amerikaner, manchmal auch unter Beteiligung der britischen Hilfskräfte, seit Jahr und Tag betreiben – oder ich sage: Liebe Leute, wir müssen uns bemühen, zu den Regeln der Vereinten Nationen und der Vertragsgebundenheit der NATO zurückzukehren. Das wäre für mich eine Verantwortung, die hochpolitisch ist und von jeder Bundesregierung wahrgenommen werden müßte.

Blätter: Dafür würden Sie auch Streit oder Konflikte mit anderen Bündnispartnern riskieren?

Wimmer: Ja, selbstverständlich. Ohne deutliche Ansprache von Problemen, geht es nicht. Nicht, wenn es sich um Substanzfragen handelt. Das machen wir zu Hause auch nicht.

Blätter: Es fällt immer noch schwer zu glauben, daß man so viel Durcheinander jetzt, im Jahre 2001, braucht. Wir suchen ja nach möglichem Sinn im Unsinn: Könnte ...

Wimmer: Das ist typisch deutsch.

Blätter: ... könnte dahinterstecken, daß manche Amerikaner so ähnlich denken wie Bismarck, der einmal befunden haben soll, es sei gut für die deutschen Interessen, wenn auf dem Balkan Unruhe herrscht, weil das Deutschlands Rivalen in Atem hält? Könnte es sein, daß die Europäer mit ihren unangenehmen Selbstständigkeitsambitionen durch anhaltende Unruhe auf dem Balkan gebunden werden sollen?

Wimmer: Gesprächspartner, die man hat – ich sage das so vorsichtig – weisen auf eine ähnlich gelagerte amerikanische Haltung hin. Und zwar vor folgendem Hintergrund: Die Dinge zwischen Westeuropa und der Russischen Föderation entwickeln sich eigentlich so, daß Fragen nach der dauerhaften Existenz der NATO unausweichlich sein werden. Wenn wir keine Verhältnisse auf dem europäischen Kontinent haben, die die Europäer von der Frage nach dem Sinn der NATO abbringen, steht die Fortexistenz der Allianz auf dem Spiel. Deswegen gibt es den Konflikt auf dem Balkan.

Es gibt Leute in wichtigen Positionen, die in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam machen, daß es eine Linie der amerikanischen und möglicherweise auch der britischen Politik sei sicherzustellen, daß sich zwischen der Europäischen Union und der Türkei nichts entwickelt, was sich der unmittelbaren Einflußnahme der Vereinigten Staaten entzieht.

Es ist vielleicht auch ein neuer Zug in der deutschen Politik, daß man, in Anbetracht der Schwierigkeiten, mit denen wir seit vielleicht zweieinhalb Jahren leben müssen, viele Dinge nur noch unter vier Augen abwickelt. Ich hätte nicht gedacht, daß es in diesem Land soweit kommen würde. Das hat es jedenfalls in der Zeit, als ich politisch groß geworden bin, nicht gegeben.

Blätter: Wenn unser Gespräch veröffentlicht wird, haben wir möglicherweise gerade ein frisches Abkommen in Mazedonien, und nach den bisherigen Deklarationen könnte dann eine 3 000 Mann starke Truppe der NATO einreisen und Waffen einsammeln. Kommt die zustande?

Wimmer: In Zusammenhang mit dem, was sich dann unter Umständen in Mazedonien bewegt, gibt es eine sehr ernste Fragestellung: 3 000 oder 30 000? Soweit wir wissen, soll eine solche Operation in der Verantwortung des NATO-Oberbefehlshabers Neapel laufen, ein amerikanischer Admiral. Und dem ist offensichtlich durch die bisherige Beschlußlage der NATO Handlungsfreiheit eingeräumt worden, so daß er ohne weitere Beschlußfassung Truppen nachfordern kann, wie er das für richtig hält. Das bedeutet natürlich: Wenn ich einmal reingehe, weiß ich nicht, ob ich mit 500 Mann reingehe oder ob ich dem nachher nicht 20 000 Soldaten zur Verfügung stellen muß.

Das Gespräch führten Karl D. Bredthauer und Margund Zetzmann.